



KLIMA e. V. Seewartenstraße 10 20459 Hamburg

Konflikt-
Lösungs-
Initiative
Mobbing-
Anlaufstelle e.V.

Tel. 040 – 33 44 25 - 57

Fax - 58

e-mail: KLIMAEV@t-online.de

www.mobbing-abwehr.de

Stellungnahme von KLIMA e.V. zu den bisher (Stand: Donnerstag, 21. Mai 2009) festzustellenden Reaktionen der sechs im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien zu unseren Wahlprüfsteinen zu Mobbing in der Bundesrepublik Deutschland.

1. Unser Anschreiben von KLIMA e.V. datiert vom 26. Januar 2009, dem 10-jährigen Todestag von Prof. Dr. Dr. Heinz Leymann. Die Parteien waren durch Besuche unserer Mitglieder bei Bundestagsabgeordneten bzw. Regierungsmitgliedern seit Mitte Januar 2009 informiert.
2. Der Bundesgeschäftsführer der Partei DIE LINKE, Herr Dr. Dietmar Bartsch, sandte uns unter dem 3. März 2009 die Antworten der von ihm vertretenen Partei. Der Generalsekretär der Partei FDP, Dirk Niebel, sandte uns unter dem 24. April 2009 die Antworten der FDP zu. Stellungnahmen der anderen vier Parteien liegen uns bisher nicht vor. Da unsere Mitglieder Wähler aller Parteien sind, wünschen wir uns weitere Antworten. Wir wissen von einigen Wählern, dass sie ihre Stimmabgabe nach der Überzeugungskraft in den Stellungnahmen richten.
3. Zur Stellungnahme DIE LINKE:
Die Antworten der Partei sind an den jeweiligen Fragestellungen orientiert, weichen den Kernproblemen nicht aus und stellen klare Aussagen darüber dar, was von den LINKEN zu erwarten ist.
4. Zur Stellungnahme FDP:
In der Stellungnahme der FDP spiegelt sich der Umgang mit der Mobbing-Problematik wieder. Die Liberalen verweisen auf das Vollzugsdefizit, das zweifelsfrei bei Staatsanwaltschaften, Krankenkassen, Rentenversicherungsträgern, Polizei usw. besteht. Wir haben zu dem Text Fragen, die wir direkt auf der Stellungnahme angeführt haben.
5. Zur Stellungnahme CDU:
Am 30. Januar 2009 gab es eine Eingangsbestätigung aus der CDU-Parteizentrale in Berlin und als Anlage das Grundsatzprogramm der Partei von 2007. Leider haben wir keine konkrete Stelle, die auf das Thema Mobbing Hinweise enthielte, gefunden. Wir hoffen daher, dass sich die CDU zu unseren Fragen noch äußert.
6. Zur Stellungnahme CSU:
Bis heute ist bei uns kein Schreiben angekommen.
7. Zur Stellungnahme DIE GRÜNEN:
Bis heute ist bei uns nichts angekommen.

1. Vorsitzender: Dr. Alfred Fleissner

2. Vorsitzende: Margrit Jakob

Bankverbindung: Hamburger Sparkasse

BLZ: 200 505 50

Konto-Nr.: 1059/213 627

Steuernummer 17/430/09734 Finanzamt Hamburg-Nord

8. Zur Stellungnahme SPD:

Vor dem Hintergrund, dass wir zu unserem zehnjährigen Jubiläum ein Grußwort des Bundesministers Olaf Scholz erhalten haben, das sich sehr deutlich und ausführlich mit der Mobbingthematik befasst, ist die knappe Antwort nicht zu verstehen.

9. CDU, CSU, Die Grünen und SPD sind genau wie die FDP und DIE LINKE (damals PDS) bereits über Gespräche von u.a. Mitgliedern unseres Vereins in 2002 und 2003 in ihren Bundestagsfraktionen umfassend informiert worden. Schon vor sechs Jahren mussten wir nach der Gesprächsreihe in den Bundestagsfraktionen und mit den mit der Problematik befassten Bundesministerien feststellen, dass ein Problembewusstsein zwar behauptet, konkrete Maßnahmen zur Mobbingprävention und -bekämpfung hingegen nicht umgesetzt wurden.

10. Bei dieser Zwischenbilanz, dass vier Parteien bisher nicht geantwortet haben, gehört besonders herausgestellt, dass mindestens 90% der von uns gestellten Fragen unabhängig von einem Wahlprogramm zur anstehenden Bundestagswahl beantwortet werden können bzw. könnten, wie FDP und DIE LINKE es vorgemacht haben.

11. Daher werden hiermit noch einmal die übrigen Parteien aufgerufen, ihre Stellungnahme abzugeben. Denn im Wissen um die gravierenden Folgen von Mobbing werden durch Nichtstun das Leid der Betroffenen und die Missachtung (auch) grundgesetzlicher Normen perpetuiert.

Resümee: Die vergangenen sechs Jahre sind weitestgehend untätig verstrichen. Die Schwerfälligkeit bei der Beantwortung unserer neun Fragen spricht für sich. Damit Mobbing politisch wirksam zurück gedrängt werden kann, veranstalten wir Ende August oder Anfang September 2009 eine Podiumsdiskussion in Berlin, zu der die sechs im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien eingeladen sind. Näheres wird in Kürze mitgeteilt. Wir wollen mit den politisch Verantwortlichen im Gespräch bleiben. Die Betroffenen sollen wissen, wie die Parteien mit ihren Anliegen umgehen, und wir werden unser Engagement nicht aufgeben, im Bereich der Mobbingabwehr Verbesserungen herbeizuführen und weitere gesellschaftlich relevante Kräfte dafür zu gewinnen.

Für den Vorstand